

Anfrage

Guten Tag,

bitte senden Sie mir Folgendes zu:

an wie vielen Fixierungen (a) in der Psychiatrie und (b) in anderen als psychiatrischen Einrichtungen waren Polizeibeamte des Landes Schleswig-Holstein seit 2010 beteiligt.

Bitte senden Sie mir Durchführung- und Umgangsanweisungen und ähnliche Dokumente zum Umgang der schleswig-holsteinischen Polizei mit Menschen, die unter dem Verdacht psychischer Krankheit stehen, zu.

Dies ist ein Antrag gemäß § 4 Abs. 1 Informationszugangsgesetz Schleswig-Holstein (IZG-SH) auf Zugang nach Informationen nach § 3 IZG-SH sowie § 1 des Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (VIG), soweit Verbraucherinformationen im Sinne des § 2 Abs. 1 VIG betroffen sind.

Sollten aus Ihrer Sicht Kosten für die Gewährung des Zuganges zu den erbetenen Informationen anfallen, bitte ich Sie mir dies vorab mitzuteilen und dabei die Höhe der Kosten anzugeben. Bitte teilen Sie mir auch dann mit, auf welche Regelung Sie die Kostenerhebung stützen und warum diese anfallen.

Ich bitte Sie, mir die Informationen sobald wie möglich, spätestens jedoch mit Ablauf eines Monats zugänglich zu machen (vgl. § 5 Abs. 2 Satz 1 IZG-SH/§ 5 Abs. 2 VIG).

Sollten Sie für diesen Antrag nicht zuständig sein, bitte ich Sie, ihn an die zuständige Behörde weiterzuleiten und mich darüber zu unterrichten. Ich widerspreche ausdrücklich der Weitergabe meiner Daten an Dritte.

Ich bitte Sie um eine Antwort in elektronischer Form (E-Mail). Ich möchte Sie um eine Empfangsbestätigung bitten und danke Ihnen für Ihre Mühe!

Mit freundlichen Grüßen

Antwort

Anrede,

mit Ihrer Nachricht vom 3.5.2023 haben Sie beim Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport einen Antrag nach dem Informationszugangsgesetz SH gestellt und Zugang zu statistischen Daten über die Beteiligung der Landespolizei an Fixierungen begehrt.

Auf Ihren Antrag teile ich Ihnen mit, dass keine statistischen Daten im Innenministerium zu der Frage vorliegen, an wie vielen Fixierungen (a) in der Psychiatrie und (b) in anderen als psychiatrischen Einrichtungen Polizeibeamte des Landes Schleswig-Holstein seit 2010 beteiligt waren.

Ihrer Bitte um Übersendung von Durchführung- und Umgangsanweisungen und ähnliche Dokumente zum Umgang der schleswig-holsteinischen Polizei mit Menschen, die unter dem Verdacht psychischer Krankheit stehen, entsprechend übersende ich Ihnen anbei den „Erlass IV 422/18.56 v. 24. Mai 2022, Betreff: Polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang

mit der Unterbringung von Menschen mit Hilfebedarf infolge psychischer Störungen“. Weitere Unterlagen im Sinne Ihrer Anfrage sind nicht vorhanden.

Mit freundlichen Grüßen